

Verordnungsblatt

für das Generalgouvernement

Dziennik Rozporządzeń
dla Generalnego Gubernatorstwa

1941

Ausgegeben zu Krakau, den 14. Juni 1941

Wydano w Krakau (Krakowie), dnia 14 czerwca 1941 r.

Nr. 50

Tag dzień	Inhalt / Treść	Seite strona
18. 4. 41	Erste Verordnung des Reichsministers des Innern über die Ausdehnung der Kriegssachschädenverordnung auf außerhalb des Reichsgebiets eingetretene Schäden .	315
10. 5. 41	Zweite Durchführungsvorschrift zur Verordnung über den Verkehr mit Grundstücken im Generalgouvernement vom 27. März 1940	317
	Drugie postanowienie wykonawcze do rozporządzenia o obrocie nieruchomościami w Generalnym Gubernatorstwie z dnia 27 marca 1941 r.	317
17. 5. 41	Achte Durchführungsverordnung zur Verordnung vom 31. Oktober 1939 über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und den Arbeitsschutz im Generalgouvernement. (Einberufung deutscher Gefolgschaftsmitglieder zum Wehrdienst)	317
	Ósme rozporządzenie wykonawcze do rozporządzenia z dnia 31 października 1939 r. o unormowaniu warunków pracy oraz ochronie pracy w Generalnym Gubernatorstwie (Powołanie niemieckich członków załogi do służby wojskowej)	317
27. 5. 41	Anordnung Nr. 14 des Leiters der Abteilung Devisen in der Regierung des Generalgouvernements	318
	Zarządzenie Nr. 14 Kierownika Wydziału Dewiz w Rządzie Generalnego Gubernatorstwa	318
27. 5. 41	Anordnung Nr. 15 des Leiters der Abteilung Devisen in der Regierung des Generalgouvernements	319
	Zarządzenie Nr. 15 Kierownika Wydziału Dewiz w Rządzie Generalnego Gubernatorstwa	319
4. 6. 41	Berichtigung	319

Erste Verordnung

des Reichsministers des Innern
über die Ausdehnung der Kriegssachschädenverordnung auf außerhalb des Reichsgebiets
eingetretene Schäden.

Vom 18. April 1941*).

Auf Grund des § 1 Abs. 5 und des § 37 der Kriegssachschädenverordnung vom 30. November 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1547) wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichsverkehrsminister zur Regelung der Kriegsschäden, die deutschen Staatsangehörigen und deutschen Volkszugehörigen im Gebiet des Generalgouvernements, im Elsaß, in Lothringen und in Luxemburg entstanden sind oder entstehen, verordnet:

§ 1

Gebiet des Generalgouvernements.

(1) Für Kriegssachschäden, die deutschen Staatsangehörigen seit dem 26. August 1939 im Gebiet des Generalgouvernements entstanden sind, wird gemäß der Kriegssachschädenverordnung Entschädigung gewährt, wenn der Geschädigte sowohl im Zeitpunkt des schadenbringenden Ereignisses als auch zur Zeit der Antragstellung deutscher Staats-

*) Die Verordnung ist in Nr. 44 S. 215 des Teiles I des Reichsgesetzblattes abgedruckt.

angehöriger war. Dies gilt nicht für deutsche Staatsangehörige, die im Zeitpunkt der Antragstellung ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Gebiet des Generalgouvernements haben. § 34 Abs. 1 Nr. 2 der Kriegssachschädenverordnung gilt entsprechend.

(2) Die deutschen Volkszugehörigen aus den Gebieten der ehemaligen Republik Polen stehen den deutschen Staatsangehörigen (Abs. 1) gleich, wenn ihr Antrag zugelassen ist (§ 4).

(3) Die Entschädigung der deutschen Staatsangehörigen und deutschen Volkszugehörigen mit Wohnsitz oder dauerndem Aufenthalt im Gebiet des Generalgouvernements regelt der Generalgouverneur.

§ 2

Gebiete von Elsaß, Lothringen und Luxemburg.

(1) Für Kriegssachschäden, die deutschen Staatsangehörigen seit dem 26. August 1939 in den der Verwaltung der Chefs der Zivilverwaltung im Elsaß, in Lothringen und in Luxemburg unterstehenden Gebieten entstanden sind, wird Entschädigung gemäß der Kriegssachschädenverordnung gewährt, wenn der Geschädigte sowohl im Zeitpunkt des schadenbringenden Ereignisses als auch zur Zeit der Antragstellung deutscher Staatsangehöriger war.

(2) Abs. 1 gilt auch für Schäden, die denjenigen Bewohnern der genannten Gebiete entstanden sind, die der Chef der Zivilverwaltung zur Stellung des Entschädigungsantrags zuläßt.

(3) Die deutschen Volkszugehörigen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt aus den im Abs. 1 genannten Gebieten in das Gebiet des Deutschen Reichs verlegt haben, stehen den deutschen Staatsangehörigen gleich, wenn ihr Antrag zugelassen ist (§ 4).

§ 3

Juristische Personen und Personenvereinigungen.

(1) Entschädigungsberechtigt nach dieser Verordnung sind auch juristische Personen oder Personenvereinigungen mit dem Sitz im Deutschen Reich. § 13 Abs. 2 der Kriegssachschädenverordnung und die hierzu ergehenden Ausführungsbestimmungen über die Behandlung von Unternehmen mit erheblicher nichtdeutscher Beteiligung gelten entsprechend.

(2) Für juristische Personen und Personenvereinigungen mit dem Sitz im Generalgouvernement gilt § 1 Abs. 3 entsprechend.

(3) Die Chefs der Zivilverwaltung im Elsaß, in Lothringen und in Luxemburg können mit Zustimmung des Vertreters des Reichsinteresses juristische Personen und Personenvereinigungen mit dem Sitz in einem dieser Gebiete zur Antragstellung zulassen (§ 4).

§ 4

Zulassung des Antrags.

(1) Die Zulassung (§ 1 Abs. 2, § 2 Abs. 2 und 3, § 3 Abs. 3) kann bedingt oder in beschränktem Umfang erteilt werden.

(2) Die Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Zulassung von Anträgen auf Grund des § 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 3 erläßt der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsführer H , Reichs-

kommissar für die Festigung* deutschen Volkstums.

§ 5

Kriegsschäden.

(1) Außer für Kriegssachschäden ist Entschädigung zu gewähren wegen des Verdienstausfalls, den deutsche Staatsangehörige und die im § 1 Abs. 2, § 2 Abs. 2 und 3 bezeichneten Personen, die sich im Generalgouvernement oder im Elsaß, in Lothringen und in Luxemburg aufhielten, während der Dauer einer Internierung oder anlässlich einer ähnlichen Sondermaßnahme erlitten haben. Das gleiche gilt für zusätzliche Ausgaben (Mehrkosten, Mehraufwendungen) anlässlich einer Internierung oder einer ähnlichen Sondermaßnahme.

(2) Bei Internierten und Zurückgeführten gelten Kriegssachschäden und Schäden im Sinne von Abs. 1, wenn sie infolge der Internierung oder Zurückführung außerhalb der in den §§ 1 und 2 genannten Gebiete entstanden sind, als an dem Orte verursacht, wo die schädigende Maßnahme ihren Ursprung hat.

(3) Bei der Anwendung des § 2 der Kriegssachschädenverordnung sind die Gebiete von Elsaß, Lothringen und Luxemburg bis zum 30. September 1940 als vom Gegner besetzt oder bedroht anzusehen.

(4) Inanspruchnahmen für Zwecke der französischen Wehrmacht sind nicht als Kriegsschäden zu behandeln.

§ 6

Höhe der Geldentschädigung.

(1) Die Höhe der Entschädigung gemäß § 4 der Kriegssachschädenverordnung ist nach den Verhältnissen des Gebiets zu bemessen, in dem die Wiederbeschaffung oder Wiederherstellung nach der Anordnung der Feststellungsbehörde erfolgen soll.

(2) Entschädigung nach § 5 Abs. 1 wird in Höhe von zwei Dritteln des Verdienstausfalls gewährt. Ersparte Ausgaben sind hierauf anzurechnen.

(3) Geldentschädigung nach dieser Verordnung wird in deutscher Währung geleistet.

§ 7

Verfahren.

(1) Für Schäden, die im Gebiet des Generalgouvernements entstanden sind und die nicht vom Generalgouverneur geregelt werden, ist Feststellungsbehörde erster Rechtsstufe die Entschädigungsabteilung des Reichskriegsschädenamts, bei der der Antrag einzureichen ist.

(2) Für Schäden in den Gebieten der Chefs der Zivilverwaltung im Elsaß, in Lothringen und in Luxemburg bestimmen diese die Feststellungsbehörden und das Verfahren. Soweit sie abweichende Bestimmungen nicht treffen, finden die Verfahrensvorschriften des 2. Abschnitts der Kriegssachschädenverordnung Anwendung.

§ 8

Transportschäden.

(1) Bei Schäden, die an Versandgut und privaten Transportmitteln während eines Transports innerhalb der Gebiete des Generalgouvernements, des Elsaß, Lothringens und Luxemburgs entstanden sind, ist die Feststellungsbehörde zuständig, in deren Geschäftsbereich der Versendungsort liegt. Satz 1 gilt nicht, wenn zweifellos feststeht, im

Bereich welcher Feststellungsbehörde der Schaden eingetreten ist. Er gilt ferner nicht für Schäden der Schifffahrt.

(2) Abs. 1 gilt auch, wenn sich nicht mit Sicherheit ermitteln läßt, ob der Schaden innerhalb oder außerhalb der genannten Gebiete entstanden ist, sofern der Versendungsort im Geschäftsbereich einer Feststellungsbehörde des Elsaß, Lothringens oder Luxemburgs liegt. Die Feststellungsbehörde hat in diesem Falle diese Verordnung anzuwenden.

§ 9.

Sachschäden der Schifffahrt.

(1) Die §§ 1 und 2 gelten für Sachschäden der Schifffahrt (§ 1 Abs. 3 Satz 2 Kriegssachschädenverordnung), soweit der Heimatort der Schiffe im Elsaß, in Lothringen oder in Luxemburg gelegen ist, auch wenn der Schaden außerhalb dieser Gebiete entstanden ist. Sind Schäden dieser Art außerhalb der Gebiete des Elsaß, Lothringens oder Luxemburgs entstanden, so entscheidet die für den Heimatort des Schiffes zuständige Feststellungsbehörde.

Berlin, den 18. April 1941.

(2) Abs. 1 gilt nicht, wenn der Schaden nach den Bestimmungen der Kriegssachschädenverordnung im Deutschen Reich zu behandeln ist.

§ 10

Ausländer.

Schäden von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit können, soweit nicht in den vorstehenden Bestimmungen eine Regelung erfolgt ist, nach Vorschriften vergütet werden, die den in dem Gebiet des Deutschen Reichs geltenden Grundsätzen entsprechen.

§ 11

Inkrafttreten.

(1) Diese Verordnung tritt in den Gebieten, die dem Generalgouverneur und den Chefs der Zivilverwaltung unterstehen, eine Woche nach Veröffentlichung in den Verordnungsblättern der genannten Gebiete, im übrigen eine Woche nach Verkündung im Reichsgesetzblatt in Kraft.

(2) Sie gilt auch im Protektorat Böhmen und Mähren und in den eingegliederten Ostgebieten.

Der Reichsminister des Innern
Frick

Zweite Durchführungsvorschrift

zur Verordnung über den Verkehr
mit Grundstücken im Generalgouvernement
vom 27. März 1940.

Vom 10. Mai 1941.

Zur Durchführung der Verordnung über den Verkehr mit Grundstücken im Generalgouvernement vom 27. März 1940 (VBIGG. I S. 115) bestimme ich:

Einziger Paragraph.

Die Erste Durchführungsvorschrift zur Verordnung vom 27. März 1940 über den Verkehr mit Grundstücken im Generalgouvernement vom 28. März 1940 (VBIGG. II S. 187) tritt mit Ablauf des 11. Mai 1941 außer Kraft.

Krakau, den 10. Mai 1941.

Der Generalgouverneur
Im Auftrag
Westerkamp

Drugie postanowienie wykonawcze

do rozporządzenia o obrocie
nieruchomościami w Generalnym Gubernatorstwie
z dnia 27 marca 1940 r.

Z dnia 10 maja 1941 r.

Celem wykonania rozporządzenia o obrocie nieruchomości w Generalnym Gubernatorstwie z dnia 27 marca 1940 r. (Dz. Rozp. GG. I str. 115) postanawiam:

Jedyny paragraf.

Pierwsze postanowienie wykonawcze do rozporządzenia z dnia 27 marca 1940 r. o obrocie nieruchomościami w Generalnym Gubernatorstwie z dnia 28 marca 1940 r. (Dz. Rozp. GG. II str. 187) traci z upływem dnia 11 maja 1941 r. moc obowiązującą.

Krakau (Kraków), dnia 10 maja 1941 r.

Generalny Gubernator
Z polecenia
Westerkamp

Achte

Durchführungsverordnung

zur Verordnung vom 31. Oktober 1939
über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und
den Arbeitsschutz im Generalgouvernement
(Einberufung deutscher Gefolgschaftsmitglieder
zum Wehrdienst).

Vom 17. Mai 1941.

Zur Durchführung der Verordnung über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und den Arbeitsschutz im Generalgouvernement vom 31. Oktober 1939 (VBIGG. S. 13) bestimme ich:

Ósme

rozporządzenie wykonawcze

do rozporządzenia z dnia 31 października 1939 r.
o unormowaniu warunków pracy oraz ochronie
pracy w Generalnym Gubernatorstwie
(Powołanie niemieckich członków załogi do służby
wojskowej).

Z dnia 17 maja 1941 r.

W celu wykonania rozporządzenia o unormowaniu warunków pracy oraz ochronie pracy w Generalnym Gubernatorstwie z dnia 31 października 1939 r. (Dz. Rozp. GG. str. 13) postanawiam:

§ 1

Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses.

Durch die Einberufung deutscher Gefolgschaftsmitglieder zu einer Dienstleistung im Wehrdienst wird ein bestehendes Beschäftigungsverhältnis (Arbeits-, Lehrverhältnis) nicht gelöst. Die beiderseitigen Rechte und Pflichten ruhen für die Dauer der Einberufung. Die Abmachungen über die Gewährung einer Werkwohnung, die von dem Dienstverpflichteten oder seinen Familienangehörigen weiter benötigt wird, bleiben bestehen.

§ 2

Kündigung.

Das Recht des Gefolgschaftsmitgliedes auf Kündigung des Beschäftigungsverhältnisses bleibt im Falle der Einberufung zu einer Dienstleistung im Wehrdienst unberührt. Der Unternehmer kann das Beschäftigungsverhältnis nicht kündigen; der Distriktschef kann Ausnahmen zulassen.

§ 3

Inkrafttreten.

Diese Durchführungsverordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Krakau, den 17. Mai 1941.

Der Generalgouverneur
Im Auftrag
Dr. Frauendorfer

§ 1

Dalsze trwanie stosunku pracy.

Powołanie niemieckich członków załogi do służby wojskowej nie rozwiązuje istniejącego stosunku zatrudnienia (stosunku pracy, stosunku nauki). Obustronne prawa i obowiązki pozostają na czas powołania w zawieszeniu. Umowy, dotyczące udzielenia mieszkania fabrycznego, którego obowiązany do służby i członkowie jego rodziny nadal potrzebują, pozostają w mocy.

§ 2

Wypowiedzenie.

Prawo członka załogi do wypowiedzenia stosunku zatrudnienia pozostaje w wypadku powołania do służby wojskowej nienaruszone. Przedsiębiorca nie może wypowiedzieć stosunku zatrudnienia; Szef Okręgu może zezwolić na wyjątki.

§ 3

Wejście w życie.

Niniejsze rozporządzenie wykonawcze wchodzi w życie z dniem ogłoszenia.

Krakau (Kraków), dnia 17 maja 1941 r.

Generalny Gubernator
Z polecenia
Dr. Frauendorfer

Anordnung Nr. 14**des Leiters der Abteilung Devisen
in der Regierung des Generalgouvernements.**

Vom 27. Mai 1941.

Betrifft: **Lohn- und Gehaltsüberweisungen
im Postwege.**

Auf Grund des § 20 der Devisenverordnung für das Generalgouvernement vom 15. November 1939 (VBIGG. S. 44) ordne ich an:

§ 1

Meine Anordnung Nr. 8 vom 1. März 1940, betreffend die Überweisung von Gehaltsbezügen in das Reich (VBIGG. II S. 142), wird dahingehend erweitert, daß die im § 1 Abs. 1 daselbst genannten Personen ohne devisenrechtliche Genehmigung ihre Gehälter, Beschäftigungsgelder und sonstigen Bezüge oder Teile derselben zur Unterstützung ihrer im Reich lebenden Familienangehörigen und anderen Personen, denen gegenüber sie unterhaltspflichtig sind, auch mittels Postanweisung oder Postüberweisung in das Reich überweisen können, wenn die Überweisung unmittelbar durch die Dienststelle erfolgt, die die Auszahlung der Gehälter, Beschäftigungsgelder und sonstigen Bezüge vorzunehmen hat.

§ 2

Diese Anordnung tritt am 1. Juni 1941 in Kraft.

Krakau, den 27. Mai 1941.

**Der Leiter der Abteilung Devisen
in der Hauptabteilung Wirtschaft
der Regierung des Generalgouvernements**
Tetzner

Zarządzenie Nr. 14**Kierownika Wydziału Dewiz
w Rządzie Generalnego Gubernatorstwa.**

Z dnia 27 maja 1941 r.

Dotyczy: **przekazywania płac i poborów
drogą pocztową.**

Na podstawie § 20 rozporządzenia dewizowego dla Generalnego Gubernatorstwa z dnia 15 listopada 1939 r. (Dz. Rozp. GG. str. 44) zarządzam:

§ 1

Zarządzenie moje Nr. 8 z dnia 1 marca 1940 r., dotyczące przekazywania poborów do Rzeszy (Dz. Rozp. GG. II str. 142) rozszerza się o tyle, że wymienione w § 1 ust. 1 tego zarządzenia osoby przekazywać mogą do Rzeszy bez dewizowo-prawnego zezwolenia swe pobory, diety i inne wynagrodzenia lub części tychże celem wspierania swych w Rzeszy żyjących członków rodziny i innych osób, względem których obowiązani są do utrzymywania, również za pomocą przekazów pocztowych lub przelewów pocztowych, jeżeli przekazanie następuje bezpośrednio przez urząd, który winien dokonać wypłaty poborów, diet i innych wynagrodzeń.

§ 2

Zarządzenie niniejsze wchodzi w życie z dniem 1 czerwca 1941 r.

Krakau (Kraków), dnia 27 maja 1941 r.

**Kierownik Wydziału Dewiz
w Głównym Wydziale Gospodarki
Rządu Generalnego Gubernatorstwa**
Tetzner

Anordnung Nr. 15des Leiters der Abteilung Devisen in der Regierung
des Generalgouvernements.

Vom 27. Mai 1941.

Betrifft: **Einfuhr von auf Dinar lautenden Geldsorten, die in dem bisherigen Jugoslawien im Umlauf waren.**

Auf Grund des § 20 der Devisenverordnung für das Generalgouvernement vom 15. November 1939 (VBIGG. S. 44) ordne ich an:

§ 1

Nur mit Genehmigung dürfen auf Dinar lautende Zahlungsmittel, die in dem bisherigen Jugoslawien im Umlauf waren, einschließlich der außer Kurs gesetzten, aus dem außerdeutschen Ausland eingeführt werden. Der inländische Empfänger hat den Empfang der ohne Genehmigung eingeführten Geldsorten binnen drei Tagen der Devisenstelle Krakau anzuzeigen.

§ 2

(1) Einer Genehmigung bedarf es nicht für die Einfuhr von auf Dinar lautenden Zahlungsmitteln bis zu 200 Dinar im Reiseverkehr (Freigrenze).

(2) Für Wehrmachtangehörige gelten besondere Bestimmungen, die ihnen die Einfuhr nicht-verbrauchter Dinarbeträge ermöglichen.

§ 3

Diese Anordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Krakau, den 27. Mai 1941.

**Der Leiter der Abteilung Devisen
in der Hauptabteilung Wirtschaft
der Regierung des Generalgouvernements****Tetzner****Zarządzenie Nr. 15**

Kierownika Wydziału Dewiz w Rządzie Generalnego Gubernatorstwa.

Z dnia 27 maja 1941 r.

Dotyczy: **przywozu rodzaj pieniędzy, opiewających na dinary, które w obiegu były w dotychczasowej Jugosławii.**

Na podstawie § 20 rozporządzenia dewizowego dla Generalnego Gubernatorstwa z dnia 15 listopada 1939 r. (Dz. Rozp. GG. str. 44) zarządzam:

§ 1

Tylko za zezwoleniem wolno z poza niemieckiej zagranicy wprowadzać środki płatnicze, opiewające na dinary, które w obiegu były w dotychczasowej Jugosławii, łącznie z wycofanymi z obiegu. Odbiorca krajowy winien odbiór wprowadzonych bez zezwolenia rodzaj pieniędzy zgłosić do Urzędu Dewizowego Krakau (Kraków) w ciągu trzech dni.

§ 2

(1) Zezwolenie nie jest wymagane dla przywozu środków płatniczych, opiewających na dinary, do wysokości 200 dinarów w obrocie podróżniczym (wolna kwota).

(2) Odnośnie do osób przynależnych do Sił Zbrojnych obowiązują szczególne postanowienia, które im umożliwiają przywóz nie spotrzebowanych kwot dinarowych.

§ 3

Zarządzenie niniejsze wchodzi w życie z dniem ogłoszenia.

Krakau (Kraków), dnia 27 maja 1941 r.

**Kierownik Wydziału Dewiz
w Głównym Wydziale Gospodarki
Rządu Generalnego Gubernatorstwa****Tetzner****Berichtigung.**

Im § 20 Abs. 1 Satz 2 der Bahnpolizeiordnung für die Ostbahn vom 9. Mai 1941 (VBIGG. S. 287) ist das Wort „Haftsachen“ in das Wort „Haftstrafen“ zu berichtigen.

Krakau, den 4. Juni 1941.

**Der Leiter des Amtes für Gesetzgebung
in der Regierung des Generalgouvernements****Dr. Weh**

Herausgegeben von dem Amt für Gesetzgebung in der Regierung des Generalgouvernements, Krakau 20. Regierungsgebäude Druck: Zeitungsverlag Krakau Warschau G m b H Krakau, Poststrasse 1 Erscheinungsweise: Nach Bedarf Bezugspreis Halbjährlich Zloty 28.80 (RM 14.40) einschließlich Versandkosten Einzelnummern werden nach dem Umfang berechnet, und zwar der 8 seitige Bogen zu Zloty 0.60 (RM 0.30) Bezieher im Generalgouvernement können den Bezugspreis auf das Postscheckkonto Warschau Nr. 400 Bezieher im Deutschen Reich auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 41 800 einzahlen Auslieferung: Für das Generalgouvernement und für das Deutsche Reich durch die Auslieferungsstelle für das Verordnungsblatt, Krakau 1 Postschließfach 110 Für die Auslegung der Verordnungen ist der deutsche Text massgebend Zitierweise: VBIGG (früher: Verordnungsblatt GGP. I/II).

Wydawany przez Urząd dla Ustawodawstwa w Rządzie Generalnego Gubernatorstwa, Krakau Kraków 20 Gmach Rządowy Druk: Zeitungsverlag Krakau Warschau Spółka z ogr odp Krakau (Kraków), Poststrasse 1 Sposób ukazywania się: wedle potrzeby Prenumerata: półrocznie złotych 28.80 (RM 14.40) łącznie z kosztami przesyłki. Egzemplarze pojedyncze oblicza się według objętości a mianowicie za 8-stronicowy arkusz po złotych 0.60 (RM 0.30). Abonenci w Generalnym Gubernatorstwie wpłacać mogą prenumeratę na pocztowe konto czekowe Warszawa Warszawa Nr. 400 abonenci w Rzeszy Niemieckiej na pocztowe konto czekowe Berlin Nr. 41 800 Wydawanie: dla Generalnego Gubernatorstwa i dla Rzeszy Niemieckiej przez Placówkę Wydawniczą dla Dziennika Rozporządzeń, Krakau (Kraków) 1, skrytka pocztowa 110. Dla interpretacji rozporządzeń i obwieszczeń miarodajny jest tekst niemiecki. Skróót: Dz. Rozp. GG. (dawniej: Dz. rozp. GGP. I/II).

